

# Vorstandsbericht

- I. Einleitung und allgemeine Bewertung
  
- II. Die Tätigkeitsbereiche des TBB
  1. Staatsbürgerschaftsrecht
  
  2. Ausländerrecht
    - a.) Aufenthaltserlaubnisrecht
    - b.) Arbeitserlaubnisrecht
  
  3. Erdbeben in der Türkei
    - a.) Krisenkomitee Berlin
    - b.) Die Zusammenarbeit mit dem DRK / Poliklinik
  
  4. Arbeitsmarkt
    - a.) Projekt ZIBB
    - b.) Projekte IBB Südwest und Nord
    - b.) Symposium „Berufsausbildung in der ethnischen Ökonomie“
  
  5. Erziehung und Bildung
    - a.) 1. und 2. Türkische Bildungsmesse
    - b.) Bildungswerk des Türkischen Bundes
  
  6. Islamische Religionskunde
  
  7. Integrationspolitik
    - a.) Innenstadtkonferenz
    - b.) Wahlveranstaltungen/-aktivitäten und Empfang
    - c.) Übersetzung des Grundgesetzes und Empfang
    - d.) Integrationskurse-Modellprojekt / Minimodellprojekt
  
  8. Rassismus / Fremdenfeindlichkeit
    - a.) BDB (Büro gegen ethnische Diskriminierung) und Selbsthilfeprojekt „Hand in Hand gegen Ungleichbehandlung“
    - b.) NAPAP (NGO's and the police against prejudice)
  
  9. Medienpolitik
    - a.) Allgemein
    - b.) TBB-Spiegel
    - c.) Internet
    - d.) Rundfunk
    - e.) Metropol FM
    - f.) SFB Rundfunkrat

## 10. Europa

- a.) Europäisches Migrant/innen Forum
- b.) Die Aufnahme der Türkei in die EU
- c.) Veranstaltung zum Thema „Euro“

## 11. Beratung

- a.) Allgemeine Beratung
- b.) Rechtsberatung
- c.) Beratungssendung im TD-1
- d.) Seminare und Tagungen

## III. Vernetzung / Kontakte mit den Mitgliedsvereinen

### 1. Mitgliederpolitik

### 2. Neue Mitgliedsvereine

### 3. Kontaktpflege mit den Mitgliedsvereinen

### 4. Türkische Gemeinde in Deutschland

## VI. Finanzen / Projekte

### 1. Allgemein

### 2. Übersicht über die finanzielle Situation der Projekte

- a.) Beratungsstelle
- b.) BDB (Büro gegen ethnische Diskriminierung) und Selbsthilfeprojekt „Hand in Hand gegen Ungleichbehandlung“
- c.) Projekt NAPAP (NGO's and the Police against Prejudice)
- d.) BWTBB (Bildungswerk des Türkischen Bundes)
- e.) ZIBB (Zentrum für interkulturelle Berufs- und Beschäftigungsförderung)
- f.) IBB Süd-West (Initiative für Berufs- und Beschäftigungsmotivierung)
- g.) IBB Nord (Initiative für Berufs- und Beschäftigungsmotivierung)

## V. Perspektiven

### 1.) TBB als anerkannter Ansprechpartner

### 2.) Eigenes Verbandsgebäude

### 3.) Arbeitsgruppen für Kreativkonzepte und Ideen

### 4.) Öffnung für andere gesellschaftliche Gruppen

# Vorstandsbericht

## I. Einleitung und allgemeine Bewertung

Am 21. Februar 1998 fand im BVV-Saal des Rathaus Neukölln die letzte Delegiertenvollversammlung des TBB statt. Der für zwei Jahre gewählte Vorstand traf sich am 26. Februar 1998 zur konstituierenden Sitzung und wählte Safer Çınar, Emine Demirbüken und Bahattin Kaya in das Amt der Sprecher/innen. Zur Schatzmeisterin wurde Eren Ünsal und zur Schriftführerin Hülya Turhan gewählt. Auf der selben Sitzung wurden gemeinsam mit den Vorstandmitgliedern Cumali Kangal, Nurdan Kütük, Cemil Turan, Imam Hüseyin Peköz und den Ersatzmitgliedern Ahmet Tosun und Ali Yıldırım die Tätigkeitsbereiche festgelegt.

Aufgrund der auf die Veröffentlichung der deutschen Übersetzung des Grundgesetzes folgenden Entwicklungen legten am 24.06. und 27.06.1999 die Sprecher/innen Safer Çınar, Emine Demirbüken und Bahattin Kaya ihr Sprecheramt sowie ihr Vorstandsmandat nieder. Nachdem die Ersatzmitglieder Ahmet Tosun und Ali Yıldırım infolge dieser Rücktritte zu Vollmitgliedern geworden waren, wurden die Ämter im Vorstand neu besetzt. Zu Sprecher/innen wurden Eren Ünsal, Cumali Kangal und Nurdan Kütük gewählt und zum Schatzmeister Imam Hüseyin Peköz.

Da das Jahr, in dem der Vorstand sein Amtsperiode antrat, ein Wahljahr war, wurde die Situation der in Deutschland lebenden Migrant/innen sehr aktiv diskutiert. Die Regierung Helmut Kohls hatte versucht, das Ausländerrecht zu verschärfen. In ihrem Wahlkampf setzten sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die doppelte Staatsbürgerschaft ein. Der TBB hat mit der Durchführung von Wahlver-

anstaltungen versucht, wahlberechtigten Migrant/innen die Möglichkeit zu geben, sich über die Kandidat/innen der einzelnen Parteien zu informieren. Die Veranstaltungen stießen bei Politikern und Medienvertretern auf großes Interesse, waren aber leider nicht so gut besucht, wie es sich der TBB erhofft hatte. Der Regierungswechsel, der dann im September 98 folgte, wurde vom TBB begrüßt, da die neue Koalitionsregierung unter Kanzler Schröder in vielen migrationspolitischen Fragen ähnliche Ziele verfolgte wie der TBB. Jedoch wich die rotgrüne Regierung schon früh von ihrem ursprünglichen Ziel ab, die generelle doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen. Der TBB hat aktiv dagegen protestiert, dass SPD und Bündnisgrüne sich durch die ausländerfeindliche Unterschriftenkampagne der CDU und deren Wahlerfolg in Hessen unter Druck setzen ließen. Die Regierungsparteien hätten nach Ansicht des TBB zumindest versuchen sollen, ihre Position im Bundesrat durchzusetzen, auch wenn sich durch den CDU-Wahlerfolg in Hessen die Mehrheitsverhältnisse zu Ungunsten der SPD verändert hatten.

Obwohl das neue Staatsbürgerschaftsgesetz in einigen Punkten Erleichterungen mit sich bringt, gibt es in vielerlei Hinsicht Verschärfungen. So ist es beispielsweise nicht mehr möglich, nach Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft auch die türkische wieder anzunehmen.

In diesem Zusammenhang hat der Türkische Bund zahlreiche Gespräche mit politisch Verantwortlichen geführt und eine aktive Öffentlichkeits- und Informationsarbeit betrieben. Da das neue Staatsbürgerschaftsgesetz eine schriftliche Loyali-

tätserklärung vom Einbürgerungsbewerber verlangt, hat der TBB das deutsche Grundgesetz auf Türkisch übersetzt und auf einem Empfang der Öffentlichkeit präsentiert.

In der zweijährigen Amtszeit des Vorstandes hat sich die Situation der Nichtdeutschen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. In Berlin stieg die Zahl der nichtdeutschen Arbeitslosen auf 45.000 (35%). Der Türkische Bund hat im Rahmen des Jugendsofortprogramms der Bundesregierung zwei Berufsausbildungsprojekte für Jugendliche konzipiert. Die beiden Projekte IBB Nord und IBB Süd-West (Initiative für Berufs- und Beschäftigungsmotivierung) werden von den entsprechenden Arbeitsämtern finanziert.

Im Zuge der 40jährigen Migrationsgeschichte hat sich auch der Bereich der ethnischen Ökonomie stark entwickelt. Arbeitslose Türken in Deutschland neigen immer mehr dazu, sich selbständig zu machen. Im Bereich der ethnischen Ökonomie gibt es ein sich vergrößerndes Potential, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Dieses Potential und die vorhandenen Programme von Bund und Land werden leider nicht immer genutzt, da oftmals das entsprechende "Know How" und die Unterstützung fehlt. Aus diesem Grund hat der Türkische Bund das Projekt ZIBB (Zentrum für interkulturelle Berufs- und Beschäftigungsförderung) ins Leben gerufen. Das ZIBB hat am 1. August 1999 mit vier Mitarbeiter/innen seine Arbeit aufgenommen und wird vom Bundesministerium für Arbeit für mindestens vier Jahre finanziert.

Im Bereich Bildung und Erziehung haben wir einen Schwerpunkt auf die Bildungsarbeit mit und für Migrant/innen gelegt. In diesem Zusammenhang veranstalteten wir 1998 die 1. Türkische Bildungsmesse mit dem Bezirksamt Kreuzberg und 1999 die 2. Türkische Bildungsmesse mit dem

Bezirksamt Wedding. Die 2. Messe wurde durchgeführt vom Bildungswerk des Türkischen Bundes, das am 1. Oktober 1998 mit drei Mitarbeiter/innen seine Arbeit aufgenommen hat.

Die Bemühungen der Islamischen Föderation als Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden und die daraus folgende Möglichkeit, als Träger eines bekennenden islamischen Unterrichts an Berliner Schulen zugelassen zu werden, hat den TBB veranlasst, Position zu beziehen. Unsere Haltung zu diesem Thema darf jedoch nicht falsch verstanden werden. Der TBB spricht sich nicht generell gegen bekennenden islamischen Religionsunterricht aus. Vielmehr lehnt er die IF als Trägerin eines bekennenden islamischen Unterrichts ab, da diese Organisation nicht nur religiösen, sondern auch politischen Charakter hat. Nach zahlreichen Gesprächen mit der Senatsschulverwaltung war Ende 1999 beschlossen worden, einen Schulversuch an sieben Berliner Grundschulen durchzuführen. Die Realisierung ist, seit Klaus Böger neuer Schulsenator ist, jedoch ins Stocken geraten.

Wenn wir auf der Grundlage des Erreichten nach vorne blicken, stellen wir fest: Wir sind keine ausländischen Gastarbeiter und auch keine Migrant/innen mehr. Wir sind Teil dieser Gesellschaft, der zu Recht Gleichberechtigung einfordert. Aus diesem Grund muss in Deutschland auf sogenannte "Ausländerpolitik" verzichtet werden. Was wir fordern und brauchen ist eine Gleichstellungspolitik. Der TBB hat dazu ein Grundsatzpapier entworfen und der Öffentlichkeit vorgestellt.

#### **Pressekonferenzen:**

- 12.03.1998 Vorstellung des neu gewählten Vorstandes des TBB
- 28.12.1998 Aktivitäten des TBB / Jahresrückblick

#### **Presseerklärungen:**

- 12.03.1998 Neuer Vorstand im TBB

## II. Die Tätigkeitsbereiche des TBB

### 1. Staatsbürgerschaftsrecht

Der TBB und sein Dachverband, die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) setzen sich seit ihrer Gründung für ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsrecht ein. Das Ziel war die Einführung des Geburtsortsprinzips und die Hinnahme der Mehrstaatigkeit.

Die in den Bundestagswahlen im Oktober 1998 siegreichen Parteien SPD und Bündnisgrüne hatten beides seit Jahren zugesagt und in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Der von Bundesinnenminister Schily im Januar 1999 vorgelegte erste Gesetzesentwurf beinhaltete - einigen Verschärfungen zum Trotz - beide Komponenten. Aufgrund der vor den Landtagswahlen in Hessen von der CDU durchgeführten Unterschriftenkampagne und der Wahlniederlage der Koalition wurde ein zweiter Entwurf vorgelegt, der nicht nur auf die Hinnahme der Mehrstaatigkeit verzichtete, sondern auch die bislang legale Möglichkeit, nach der Übernahme der deutschen Staatsangehörigkeit zusätzlich die alte Staatsangehörigkeit anzunehmen, abschaffte. Das seit dem 1. Januar 2000 gültige Gesetz sieht im Falle der Annahme einer weiteren Staatsangehörigkeit den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit vor.

Die Einführung des Geburtsortsprinzips war auch eine der Hauptforderungen des TBB und der TGD. Aber auch hier bleibt

### 2. Ausländerrecht

In den Berichtsjahren hat es keine wesentlichen Veränderungen im Ausländerrecht gegeben.

#### **a.) Aufenthaltserlaubnisrecht**

das Gesetz, das vorsieht, dass sofern ein Elternteil bestimmte Voraussetzungen erfüllt, die hier geborenen Kinder auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, hinter allen Erwartungen zurück, denn diese Kinder müssen sich bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

Der TBB hat durch Gespräche mit Politiker/innen, Pressekonferenzen und -erklärungen und durch die Teilnahme an dem bundesweiten Protesttag versucht, diesen Gesetzesentwurf zu verhindern.

Nach der Verabschiedung dieses in vielen Punkten verschärfte Gesetzes wurde eine Bundesverwaltungsvorschrift herausgebracht, die auch restriktive Regelungen vorsieht. In den Punkten, die den einzelnen Bundesländern überlassen wurden, hat Berlin durch die beabsichtigte Regelanfrage beim Verfassungsschutz und Sprachprüfungen die harte CDU-Linie fortgeführt. Durch gemeinsame Anstrengungen des TBB mit der Ausländerbeauftragten konnte wenigstens erreicht werden, dass die Sprachprüfung nicht von der Einbürgerungsstelle sondern von den Volkshochschulen durchgeführt wird.

Fazit ist, das neue Staatsangehörigkeitsrecht ist inakzeptabel. Der TBB und die TGD werden sich für eine erneute Änderung dieses Gesetzes einsetzen.

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Ausländergesetzes wurde die entsprechende Verwaltungsvorschrift im Sommer 1999 durch den Bundesrat verabschiedet. Sie interpretiert das Ausländergesetz sehr

restriktiv. Hier gab und gibt es für den TBB Handlungsbedarf.

Die Folgen der eingeführten Visums- und Aufenthaltserlaubnispflicht für Kinder wirken sich weiterhin sehr negativ auf die Familienzusammenführung aus, insbesondere sind die langen Bearbeitungszeiten ein Problem. Dies gilt ebenso für den Ehegattennachzug.

Der TBB wird sich weiterhin für Änderungen des Ausländergesetzes einsetzen, insbesondere für eine möglichst frühe Abkoppelung der Aufenthaltserlaubnis der nachgezogenen Ehepartner und eine bessere Härtefallregelung sowie für die Abschaffung der Bedingung, daß bei Rentner/innen, die eine Erlaubnis für einen längeren Auslandsaufenthalt beantragen keine Sozialhilfebezug vorliegen darf. Diese Regelung wirkt sich geradezu kontraproduktiv aus, denn diese Personen, die hier überwiegend wegen ihrer geringen Rente Sozialhilfe beziehen, könnten z. B. in der Türkei mit ihrer Rente auskommen und würden somit keine Sozialhilfe mehr erhalten, sind aber wegen dieser Regelung gezwungen, hier zu bleiben und weiterhin Sozialhilfe zu beziehen. Weiterhin wird sich der TBB dafür einsetzen, dass hier geborene und/oder aufgewachsene Jugendliche nicht wegen Straftaten ausgewiesen werden können, sondern nach der Strafverbüßung in dem sozialen Umfeld in dem sie aufgewachsen sind resozialisiert werden können.

### **b.) Arbeitserlaubnisrecht**

Durch die Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) als Sozialgesetzbuch III (SGB III) sind die arbeitserlaubnisrechtlichen Bestimmungen neu formuliert worden, dem folgend wurde die Arbeitserlaubnisverordnung (AEVO) neu erlassen und heißt jetzt Arbeitsgenehmigungsverordnung (ArbGVO).

Positiv ist zu vermerken, dass nunmehr neben denjenigen, die eine Aufenthalts-

berechtigung besitzen, auch diejenigen mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis arbeitsgenehmigungsfrei arbeiten können. Zu begrüßen ist auch, daß in die ArbGVO die Beachtung der Auswirkungen des Assoziationsratsbeschlusses 1/80 aus dem EWG-Türkei-Assoziationsabkommens aufgenommen wurde. Nachdem der Europäische Gerichtshof Privilegien für türkische Staatsangehörige aus dem Assoziationsratsbeschuß 3/80 im sozialen Bereich formuliert hat, wird der TBB darauf drängen, dass diese auch Eingang in die entsprechenden rechtlichen Regelungen finden.

### **Pressekonferenzen:**

- 18.01.1999 Pressekonferenz von Verbänden gegen die Unterschriftenkampagne der CDU
- 16.03.1999 Entwurf der Neufassung des Staatsbürgerschaftsgesetz
- 22.12.1999 Die Kritikpunkte am neuen Gesetzesentwurf

### **Presseerklärungen:**

- 14.10.1998 Wir begrüßen die Staatsbürgerschaftsreform
- 06.01.1999 CDU Unterschriftenkampagne
- 12.01.1999 Enttäuscht über Diepffen
- 13.01.1999 Wir begrüßen den Entwurf für die Doppelte Staatsbürgerschaft
- 18.01.1999 Presseerklärung von Verbänden gegen die Unterschriftenkampagne der CDU
- 29.01.1999 Aktiveren Einsatz in Sachen Staatsbürgerschaftsreform gefordert
- 01.03.1999 SPD verliert das Vertrauen der Migrant/innen
- 16.03.1999 Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz sollte keine Nachteile mit sich bringen
- 20.04.1999 Offener Brief an die SPD mit der Forderung um aktiveren Einsatz

- 23.04.1999 TBB nimmt nicht an der der Veranstaltung zum StaaG von SPD und Grünen teil
- 12.07.1999 Treffen mit dem türkischen Generaldirektor für Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

### **3. Erdbeben in der Türkei**

Nach dem Erdbeben am 17. August 1999 hat der TBB als erstes mit dem DRK (Deutsches Rotes Kreuz) Kontakt aufgenommen und über Möglichkeiten der Intervention beraten. Infolge dieser Gespräche ist noch am selben Tag ein Spendenkonto zugunsten der Erdbebenopfer beim DRK eingerichtet worden.

#### **a.) Krisenkomitee Berlin**

Am zweiten Tag der Katastrophe trafen sich auf den Aufruf der Türkisch-Deutschen Unternehmervereinigung zahlreiche Vereine und Institutionen zu einer Krisenbesprechung. Nach kurzer Lagebesprechung wurde das Berliner Krisenkomitee gegründet. Neben dem Spendenkonto beim DRK wurde ein Spendenkonto eingerichtet, dessen Einnahmen direkt in die Türkei weitergegeben werden sollten. Das Krisenkomitee organisierte und koordinierte die zahlreichen Hilfsaktionen in Berlin. Neben beträchtlichen Geldspenden konnten große Mengen an Sachspenden durch die selbstlose Hilfe eines türkischen Transportunternehmens in die Türkei befördert werden.

#### **b.) Die Zusammenarbeit mit dem DRK / Poliklinik**

Nachdem eine beträchtliche Summe auf das Spendenkonto eingegangen war, beschloss das Deutsche Rote Kreuz, in Absprache mit den zu dem Zeitpunkt aktiv an den Hilfsaktionen beteiligten Vereinen und Institutionen, eine Poliklinik in Izmit einzurichten. Kosten der Poliklinik und einer voll ausgestatteten Ambulanz belie-

- 22.12.1999 Verwaltungsvorschriften
- 04.01.2000 Anwendung der VV in den Bezirken

fen sich auf ca. DM 400.000,00 und wurden am 06.12.1999 dem türkischen Gesundheitsministerium übergeben. Mit den verbliebenen Spendengeldern von ca. DM 200.000,00 ist die Errichtung einer Poliklinik in der Nähe von Düzce geplant. Die Gespräche und Vorbereitungen hierzu sind bereits im Gange. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß zahlreiche größere Geldspenden von angesehenen Institutionen über die Vermittlung des TBB an das DRK-Konto geflossen sind. Hier sind beispielsweise zu nennen: Hertha BSC spendete DM 70.000,00, das American Jewish Komitee spendete \$ 25.000,00 und die S-Bahn Berlin GmbH DM 10.000,00. Daneben gingen zahlreiche Spenden aus den Reihen der Gewerkschafter und Betriebsräte ein. Dies zeigt auch, daß der Türkische Bund sich zu einem anerkannten und angesehenen Ansprechpartner für die deutsche Öffentlichkeit entwickelt hat.

Besonders hervorzuheben ist die großartige Hilfs- und Spendenbereitschaft der deutschen Bürger/innen. Es hat sich gezeigt, daß die Solidarität zwischen der deutschen und türkischen Bevölkerung, bestehender schwierige Lebenslagen, dennoch selbstverständlich ist.

#### **Presseerklärungen:**

- 09.09.1999 Erdbeben in Griechenland
- 24.09.1999 Besichtigung des Erdbebengebietes
- 04.11.1999 Hertha spendet DM 70.000,-
- 03.12.1999 Eröffnung der Poliklinik

### **4. Arbeitsmarkt**

### **a.) Projekt ZIBB**

Im Juni 1998 wurde Alişan Genç gebeten, eine Grobkonzeption für ein Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt zu erarbeiten. Diese wurde Anfang Juli 1998 erstellt und beim Bundesarbeitsministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) für eine Finanzierung vorgelegt. Alişan Genç wurde mit der Federführung der Projektentwicklung zu beauftragen.

Als Projektbeginn war uns der 01.01.1999 unverbindlich in Aussicht gestellt worden., Nach langen und komplizierten Gesprächen wurde schließlich vereinbart, das Projekt am 01.08.1999 zu starten.

Am 01.10.1999 wurde das Projekt im Projektsitz in der Waldemarstr. 29, 10999 Berlin eröffnet. An der Eröffnung nahmen für das BMA der Staatssekretär Herr Dr. Tegtmeier, für den Berliner Senat die Arbeitssenatorin Frau Schöttler, für den Bezirk der Bezirksbürgermeister Franz. Schulz, für die türkische Botschaft der Gesandter Herr Hakan Okçal und für den TBB der Sprecher Cumali Kangal teil. Neben Ehrengästen nahmen über 100 Leute aus der Fachöffentlichkeit teil. Die Eröffnung verlief sehr erfolgreich und fand auch in der türkischstämmigen und der deutschen Presse große Resonanz. Der Staatssekretär des BMA Dr. Werner Tegtmeier zeigte sich von unserem Projekt beeindruckt und stellte in Aussicht über den Projektumfang zu späterer Zeit erneut zu reden, wenn das Projekt sich erfolgreich entwickeln sollte.

Während der Vorstand noch in den Verhandlungen zum Projekt ZIBB lag, wurde von der Bundesregierung das Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Daraufhin beauftragte der Vorstand Alişan Genç entsprechende Projekte zu entwickeln und die Finanzierung zu beantragen. Nach intensiven Verhandlungen war das Arbeitsamt Berlin Südwest bereit vom 01.04. bis 31.12.1999 2 1/2

Stellen zu bewilligen. Ende Juni 1999 waren auch die Verhandlungen mit dem Arbeitsamt Nord erfolgreich. Von 01.07.1999 bis 30.06.2000 wurden 3 Sozialberater/innen und eine Verwaltungskraft bewilligt. Ende 1999 war das Arbeitsamt Südwest nicht bereit unser auslaufendes Projekt IBB Südwest zu verlängern. Auch hier konnte eine Verlängerung des Projekts erst nach langwierigen Verhandlungen mit politischer Unterstützung erreicht werden, so dass nun das Projekt mit 4 Stellen bis 31.12.2000 bewilligt ist.

### **b.) Symposium „Berufsausbildung in der ethnischen Ökonomie“**

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt des ZIBB ist die Erschließung von interkulturellen Ausbildungs- und Beschäftigungspotentialen in der türkischstämmigen Ökonomie Berlins. Zu diesem Thema hat das Projekt unter seiner Federführung gemeinsam mit dem Zentrum für Türkei-studien, der Türkisch-Deutschen Unternehmervereinigung Berlin und dem Beratungs- und Ausbildungszentrum für zugewanderte Gewerbetreibende beim Europäischen Migrationszentrum und anderen Beteiligten eine Fachtagung zum Thema "Ausbildung in der türkischstämmigen Ökonomie Berlins" durchgeführt, an der Vertreter/innen des Berliner Senats, Frau Barbara John und zahlreiche Expertinnen aus Berlin und West-Deutschland teilnahmen. Diese Fachtagung war die erste ihrer Art in Berlin und stieß in der Fachöffentlichkeit auf sehr große Resonanz. Zeitweise nahmen bis zu 120 Personen an der Tagung teil. Die Fachtagung wird eventuell in einer Sonderausgabe des TBB-Spiegel dokumentiert.

#### **Pressekonferenzen:**

15.04.1999 Vorstellung der IBB-Projekte

#### **Presseerklärungen:**

08.10.1998 Eröffnung des ZIBB

## **5. Erziehung und Bildung**

### **a.) 1. und 2. Türkische Bildungsmesse**

Am 13. Juni 1998 wurde die 1. Türkische Bildungsmesse im Bezirksamt Kreuzberg durchgeführt. Auf zwei Etagen des Kreuzberger Rathauses stellten 27 Bildungseinrichtungen und Projekte ihre Angebote vor. Die Messe wurde an beiden Tagen von mehr als 400 Interessierten besucht. Alle Angebote der Messe, die Podiumsdiskussionen, die Information an den Präsentationsständen und das Beratungsangebot vor Ort wurden rege in Anspruch genommen. Am 29. und 30. Mai 1999 wurde die 2. Türkische Bildungsmesse im Bezirk Wedding veranstaltet. Wie auch schon die 1. Türkische Bildungsmesse, bot die Folgeveranstaltung zum einen ein Diskussionsforum für bildungspolitische Themen und zum anderen breite Informationsmöglichkeiten über Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Erwachsene, Kinder, Jugendliche und Multiplikatoren an.

Die Veranstaltung der Messen, besonders der 2. Messe, haben gezeigt, daß zwar das Interesse am Thema Bildung sehr groß ist, jedoch in erster Linie Multiplikatoren und eher wenige "Bürger/innen" erreicht werden konnten. Nach wie vor muß es allerdings das Hauptinteresse sein, möglichst viele Bürger/innen zu erreichen, um ihre Partizipation und Gleichberechtigung auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu fördern. Bildung ist eine wichtige Voraussetzung zur sozialen, politischen und beruflichen Integration. Um besonders die Menschen zu erreichen, die sich aus Unsicherheit oder mangelnden Sprachkenntnissen vor dem Gang in eine Bildungseinrichtung scheuen, müssen weiterhin die Hauptzielgruppe darstellen. Aus diesem Grund veranstaltet das Bildungswerk im Jahr 2000 gemeinsam mit dem Bezirksamt Kreuzberg ein bürgernahes Bildungs- und Begegnungsfest.

### **b.) Das Bildungswerk**

Im Oktober 1998 hat das Bildungswerk des Türkischen Bundes seine Arbeit aufgenommen. Um Chancengleichheit im Bereich Bildung zu gewährleisten, hat sich das Bildungswerk zur Aufgabe gemacht, speziell auf die Bedürfnisse von Migrant/innen zugeschnittene Bildungsangebote zu entwickeln und umzusetzen. Auch für Berufsgruppen, die mit und für Migrant/innen arbeiten, werden Bildungsmaßnahmen angeboten.

Das Büro des Bildungswerks befindet sich in der Geschäftsstelle des Türkischen Bundes. Drei Mitarbeiterinnen werden im Bildungswerk über eine Strukturanpassungsmaßnahme beschäftigt. Die Finanzierung erfolgt über das Arbeitsamt Berlin Süd, die Servicegesellschaft SPI und über Stiftungsmittel.

Das Bildungswerk plant und realisiert seine Veranstaltungen in enger Zusammenarbeit mit Bezirksämtern, Stiftungen, Projekten, Eigenorganisationen von Migrant/innen, Schulen, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, freien, öffentlichen und privaten Trägern der politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung.

Im oben genannten Zeitraum hat das Bildungswerk neben der 2. Türkische Bildungsmesse in Berlin, mehrere Seminare sowie einen Integrationskurse-Minimodell-versuch durchgeführt. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt lag in der Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und Ansätze in der Bildungsarbeit.

Ein weiterer und zentraler Schwerpunkt war und ist die Entwicklung einer Konzeption für ein weiterführendes Modellprojekt, daß die Finanzierung des Bildungswerkes langfristig über öffentliche und/oder Stiftungsmittel sicherstellt. Daneben veröffentlichte das Bildungswerk zwei Dokumentationshefte sowie ein Programmheft. Aktuell arbeitet das Bil-

dungswerk an der Organisation eines Türkischen Bildungs- und Begegnungsfestes im Juli 2000 mit dem Bezirksamt Kreuzberg. Weiterhin plant das Bildungswerk demnächst ein Seminar für Fachkräfte und Multiplikator/innen, das sich innovativen Methoden in der Bildungsarbeit mit und für Migrant/innen widmet.

## **6. Islamische Religionskunde**

Der TBB vertritt die Meinung, daß es ein berechtigtes Interesse von Eltern muslimischen Glaubens ist, daß ihren Kindern Kenntnisse über ihren Glauben vermittelt werden. Bereits in seiner Gründungserklärung vom 1. Dezember 1991 unter dem Titel "Gleiche Rechte in einer multikulturellen Gesellschaft" hatte der TBB die Einführung der "Religionskunde für muslimische Schüler/innen als Wahlfach" gefordert.

Der TBB hat schon in der Vergangenheit mehrfach vor der Gefahr gewarnt, daß politisch-islamische Organisationen den § 23 Berliner Schulgesetz nutzen würden, um sich als Träger des "islamischen" Religionsunterrichts zu etablieren und die Senatsschulverwaltung zum eigenen Handeln in dieser Frage aufgefordert.

Die "Islamische Föderation Berlin (IF)" hat durch ein - noch nicht rechtskräftiges - Urteil des OVG Berlin vom 4. November 1998 das Recht erstritten, als Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden und somit Träger des Religionsunterrichts zu sein. Die Revision wurde zunächst nicht zugelassen. Daraufhin hat die Senatschulverwaltung eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt, die positiv beschieden wurde. Das Bundesverwaltungsgericht prüft nun erneut den Antrag der IF.

Unsere Kritik am OVG-Urteil richtet sich primär nicht an das Gericht, das angesichts der Sachlage wohl nicht anders entscheiden konnte, sondern an den Ber-

### **Pressekonferenzen:**

03.06.1998 2. Türkische Bildungsmesse

### **Presseerklärungen:**

03.04.1998 Ausländerklassen verhindern die Integration

19.05.1999 Das Bildungswerk des TBB ist gegründet

liner Senat, der trotz ausdrücklicher Nachfrage durch das Gericht keine Einlassung zur politischen Einschätzung der IF gemacht hat.

Der TBB hat daraufhin gemeinsam mit 14 weiteren Organisationen türkischer Berliner/innen und der GEW Berlin in einer Erklärung (08.11.1998) sowie der Islamischen Gemeinschaft deutschsprachiger Muslime zu diesem Urteil kritisch Stellung bezogen. Später hat der TBB nach dem OVG-Entscheid seine konkreten Forderungen, dem sich neun Organisationen türkischer Berliner/-innen sowie die Islamische Gemeinschaft deutschsprachiger Muslime angeschlossen haben, am 30.11.1998 der Berliner Schulsenatorin, Frau Stahmer (SPD) vorgetragen.

Des weiteren hat der TBB durch zahlreiche Presseerklärungen und aktive Teilnahme an der öffentlichen Diskussion auf die Gefahren hingewiesen, die durch die Erteilung eines bekennenden Religionsunterrichtes für muslimische Kinder durch die IF als Träger zu erwarten sind.

In Absprache mit seinen Mitgliedsvereinen sah es der TBB als realistischste Lösung an, daß die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport ein Regelfach "Islamkunde" als Wahlfach anbietet. Es gab Konsens mit der Schulsenatorin Stahmer, daß ein Schulversuch an 7 Berliner Grundschulen durchgeführt werden sollte. Nach dem Regierungswechsel in Berlin kam die Planung des Schulversuches allerdings ins Stocken. Da das Bundesver-

waltungsgericht den Antrag der IF noch nicht abschließend beschieden hat und die weitere Vorgehensweise der Senatschulverwaltung nicht geklärt zu sein scheint, wird der TBB die weiteren Entwicklungen zu diesem Thema abwarten.

#### **Presseerklärungen:**

01.05.1999 Der Vorschlag des TBB zu Islamischer Religionskunde

## **7. Integrationspolitik**

### **a.) Innenstadtkonferenz**

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, rief im Sommer 1998 die sogenannte „Innenstadtkonferenz“ ein, um eine Diskussion der Probleme der Innenbezirke einzuleiten. Hierzu wurden auch Vertreter/innen der ethnischen Minderheiten eingeladen. Der TBB hat sich aktiv an der Diskussion beteiligt und in Vorfeld der Konferenz seine Positionen als Vertreter der türkischstämmigen Berliner/innen in einem Diskussionspapier zusammengefasst. Das 13-Thesen-Papier des TBB benannte die wichtigsten Problembereiche und mögliche Lösungsmodelle und legte es der Konferenz als Diskussionsgrundlage vor.

Besonders wichtig war es dem TBB dabei, herauszustellen, daß nicht die Integration gescheitert ist, so wie es zu dem Zeitpunkt des öfteren zu hören war, sondern die Politik, die die Realität, daß eine Einwanderung stattgefunden hat, negiert. Da die vorhandenen Probleme überwiegend sozialer und wirtschaftlicher Natur sind, geht eine Diskussion über angeblich „viele“ Menschen nicht-deutscher Herkunft nicht nur am Kern vorbei, sondern schürt Rassismus und stützt die Thesen der rechtsradikalen Kräfte. Der TBB hat betont, daß die Diskussion ohne soziale und ethnische Diskriminierung erfolgen muß.

### **b.) Wahlveranstaltungen / Empfang**

In Berlin waren zum Zeitpunkt der Bundestagswahl ca. 20.000 Deutsche türki-

07.06.1999 Kritik an John aufgrund der IGMG Spende  
22.06.1999 Den Islam nicht für fremde Zwecke mißbrauchen  
21.07.1999 OVG Entscheidung für IF  
24.07.1999 Kritik an Peter Strieder  
06.10.1999 Modellversuch Islamkunde  
08.10.1998 Offener Brief an alle Teilnehmer/innen der Islam Podiumsdiskussion

scher Herkunft wahlberechtigt. Aus diesem Grund wurde in einigen Wahlkreisen zu Recht darüber gesprochen, daß die Stimmen der Deutschtürken ein nicht unbedeutendes Gewicht haben würden. Um die wahlberechtigten Bürger/innen türkischer Herkunft ausführlich zu informieren und ihnen die Gelegenheit zu geben, die zur Wahl stehenden Kandidaten mit ihren Fragen zu konfrontieren, hat der Türkische Bund zwei Wahlveranstaltungen durchgeführt.

Am 27. August 1998 stellten sich in der Werkstatt der Kulturen die Vertreter/innen der Parteien den Fragen der Interessierten. Auf dem Podium waren Carola von Braun (FDP, Landesliste Platz 2), Dr. Gregor Gysi (PDS, Landesliste Platz 1), Günter Nooke (CDU, Landesliste Platz 3), Siegrun Klemmer (SPD, Landesliste Platz 2), Franziska Eichstädt-Bohlig (B 90/Die Grünen, Landesliste Platz 3) vertreten. Die Schwerpunktthemen Veranstaltung waren Arbeits- und Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik und Migrationspolitik.

Am 8. September 1998 fand die Veranstaltung mit den Direktkandidat/innen des Wahlkreises Schöneberg/Kreuzberg Eckhardt Barthel (SPD), Hans-Christian Ströbele (B 90/Die Grünen), Jochen Feilcke (CDU), Michael Prütz (PDS) und Peter Tiedt (FDP) statt. Die Themen waren Arbeits- und Sozialpolitik, Migrationspolitik und die Frage „Was wollen Sie für den Wahlkreis erreichen?“

Darüber hinaus hat der TBB aktiv über die türkischen und deutschen Medien die wahlberechtigten Bürger/innen türkischer Herkunft zur Beteiligung an der Wahl aufgerufen.

Im Anschluß an die Berliner Wahlen veranstaltete der TBB einen kleinen Empfang für die gewählten und ehemals im Amt befindlichen türkischstämmigen Politiker/innen. Der Empfang fand am 3. November 1999 in den Räumlichkeiten des ZIBB-Projektes in Kreuzberg statt.

### **c.) Übersetzung des Grundgesetzes**

Im Jahre 1999 waren es 50 Jahre seit der Verkündung des Grundgesetzes. Mit der Übersetzung des Grundgesetzes ins Türkische wollte der Türkische Bund dieses wichtige Ereignis würdigen. Viele Grundrechte im Grundgesetz sind sogenannte Jedermannrechte, d.h. sie gelten unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Aus diesem Grund können die mehreren Millionen Migrant/innen und in der BRD, auch wenn sie nicht in die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, von diesen Rechten Gebrauch machen. Eine Übersetzung des GG erschien uns besonders daher für wichtig und erforderlich, da die Sprache des Grundgesetzes naturgemäß schwer verständlich und daher auch für Menschen mit ausreichenden Deutschkenntnissen schwierig zu bewältigen ist.

Das bereits vor langem geplante Projekt hatte besonderen Auftrieb bekommen durch die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, an der der Türkische Bund ausdrücklich Kritik geübt hat und weiterhin übt. Auf der Grundlage, dass die Neufassung des Staatsbürgerschaftsrechts eine schriftliche Zusicherung über die Verfassungstreue verlangt, sah es der TBB als besonders wichtig an, dass das Grundgesetz auch von Bürger/innen verstanden werden kann, die nicht über perfekte Sprachkenntnisse verfügen,

Das Projekt GG-Übersetzung führte der TBB in Kooperation mit dem Konzept Verlag durch. Die türkische Fassung des Grundgesetzes enthält Vorworte der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Jutta Limbach und des türkischen Botschafters in Bonn Tugay Uluçevik. Übersetzt hat Dipl. Pol. Alişan Genç.

Am 16. Juni 1999 hat der Türkische Bund einen Empfang zur Präsentation der türkischen Übersetzung des Grundgesetzes in der Werkstatt der Kulturen veranstaltet. Auf der Veranstaltung waren weit mehr als hundert Gäste anwesend, darunter der damalige Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Prof. Dr. Haase und zahlreiche andere Persönlichkeiten der Berliner Politik, Kultur und Verwaltung.

### **d.) Integrationskurse**

Der Türkische Bund hat vielerorts festgestellt, daß eine Neukonzeption der Integrationspolitik notwendig ist, die die Aufgaben sowohl der aufnehmenden Gesellschaft als auch der nach Deutschland zuziehenden Menschen neu definiert. Kernpunkt der neuen Integrationskonzeption sollen integrationsfördernde Maßnahmen nach der Einreise sein. Hierzu gehören eine gezielte, strukturierte Einführung in die bundesdeutsche Gesellschaft, die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit zu bestreiten sowie die Aufenthaltssicherheit. Wesentliche Grundlage für alle Integrationsmaßnahmen sollen Integrationskurse für zugewanderte Ehegatten und Asylberechtigte sein. Sie legen den Grundstein für eine optimale Integration. Die Integrationskurse erleichtern den Neuankömmlingen durch gezielte Schulung die Öffnung gegenüber der deutschen Gesellschaft.

Um eine konzeptionelle Grundlage dafür zu schaffen, hat der TBB ein Modellprojekt entwickelt, das er gemeinsam mit dem Internationalen Bund etablieren möchte. Für zuziehende Ehegatten, anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte

aus der Türkei sollen im Rahmen eines dreistufigen Bildungsprogrammes Integrationskurse eingerichtet werden. Das wesentliche Ziel des Modellprojektes ist, das Bildungsprogramm inhaltlich und strukturell zu erproben und zu perfektionieren. Aufbauend auf den Ergebnissen des Modellprojektes soll die bundesweite Installierung der Bildungsprogramme als staatliche Regelaufgabe angeregt werden. Das Programm soll sich mittelfristig an alle ethnischen Gruppen gleichermaßen richten. Die im Rahmen des Bildungsprogrammes angebotenen Integrationskurse bestehen aus drei Bereichen. Einem informativen, einem sprachvermittelnden und einem erwerbsorientierten: Im informativen Teil werden Grunddaten des Staats- und Verwaltungsaufbaus, der Gesellschaft, des Bildungswesens sowie der Kultur und Gebräuche der BRD vermittelt. Im sprachlichen Teil wird ein praxisorientierter Grundwortschatz des Deutschen gelehrt. Im erwerbsorientierten Teil wird über die Erwerbsmöglichkeiten in der BRD informiert und in die Praxis eingeführt.

Erster Schritt des TBB war der Workshop zum Thema: "Integrationskurse für Neueinwander/innen – Praktische Lebenshilfen für ein erleichtertes Einleben", den der TBB im Juli 1999 veranstaltet hat. Das Ziel war die Prüfung der Übertragbarkeit niederländischer Integrationskurse auf die Situation in Deutschland. Außerdem sollten Rahmenbedingungen und Inhalte des vom TBB entwickelten Modellprojektes abgesteckt werden. Die Teilnehmer/innen kamen vor allem aus den zuständigen Senatsverwaltungen, aus der Bildungs- und Migrationsarbeit und aus der Politik. Der zweite Schritt war der Mini-Modellversuch eines Integrationskurses, der im November mit 20 Teilnehmer/innen stattfand. Der Kurs setzte sich aus zwei Bereichen, gesellschaftliche und berufliche Orientierung, zusammen. Ziel war die Vermittlung von Grundkenntnissen für die berufliche und

gesellschaftliche Orientierung und die Erprobung der Integrationskurse. Die Teilnehmer/innen wurden zum Mini-Modellversuch und zum geplanten dreistufigen Bildungsprogramm nach ihrer Meinung und Kritik befragt. Die Auswertung zeigte ein durchgehend positives Echo. Der TBB bemüht sich weiterhin darum, das Bildungsprogramm politisch und finanziell durchzusetzen.

#### **Pressekonferenzen:**

- 17.08.1998 Jugendliche von Schulsenatorin Stahmer geehrt
- 20.10.1998 Kulturtage mit der Jüdischen Gemeinde
- 29.04.1999 Konferenz "türkische Senioren" mit EM-DER
- 15.06.1999 Grundgesetz-Übersetzung
- 02.07.1999 Integrationskurse
- 04.10.1999 Neues Integrationskonzept
- 11.11.1999 Erwartungen an die neue Regierung
- 22.11.1999 Integrationskurse-Minimodell

#### **Presseerklärungen:**

- 01.04.1998 Äußerungen des Innensensors zu Gettoisierung
- 27.04.1998 13-Thesen-Papier des TBB zur Innenstadtkonferenz
- 02.06.1998 Erklärung zu Äußerungen des Innensensors
- 24.08.1998 Antwort zu den Äußerungen von Huber zu Gettoisierung
- 28.08.1998 Antwort von TBB und TGD zu den Ausführungen zum "Getto" von H.G. Lorenz
- 24.09.1998 Aufruf von TBB und TGD zur Teilnahme an den Wahlen
- 27.09.1988 Erwartungen an die neue Regierung
- 19.01.1999 Diskussionen mit John beenden
- 26.01.1999 Auch Türken sollen Bundespräsidenten mitwählen
- 20.05.1999 Zwei TBB Angehörige wählen Bundespräsidenten mit
- 25.05.1999 Zur Kritik der CSU an der Rede des Bundespräsidenten

31.05.1999 Erfolgreiche Türken/innen in  
Deutschland  
15.06.1999 Grundgesetz-Übersetzung  
07.10.1999 An den Wahlen teilnehmen

02.11.1999 Integrationskurse  
11.11.1999 Neues Integrationskonzept

## **8. Rassismus / Fremdenfeindlichkeit**

### **a.) BDB und Projekt "Hand in Hand gegen Ungleichbehandlung"**

In Deutschland gibt es nach wie vor rassistische Übergriffe. Betroffen davon sind ethnische Minderheiten im Schulalltag, bei der Wohnungssuche, im Arbeitsumfeld usw. Das BDB bietet in Diskriminierungsfällen Hilfestellungen an und unterstützt die Forderungen nach einem Antidiskriminierungsgesetz. Das BDB hat seinen Sitz in der Hohenstauffenstraße 7 in 10781 Berlin und ist 1996 – über die Europäische Union finanziert – als Modellprojekt eröffnet worden. Mittlerweile ist es ein Selbsthilfeprojekt mit einer dreijährigen Dauer bis Dezember 2001.

Einmalig an diesem Projekt ist die Zusammensetzung der Trägerschaft aus verschiedenen ethnischen Gruppen. Zu den Mitgliedsvereinen gehören das Europa-Afrika-Kulturzentrum, ein Dachverband von 20 afrikanischen Initiativen, der Polnische Sozialrat, der Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit VIA, das ein Regionalverband von 28 Vereinen ist, der Verein Südost-Europa-Kultur e.V. und der TBB, der die Federführung des BDB innehat und somit die finanzielle Verwaltung übernommen hat. Die Kooperationspartner treffen sich in regelmäßigen Sitzungen und engagieren sich politisch für die Ziele des BDB. Das BDB ist in der Öffentlichkeit bekannt durch eigene Publikationen, Veranstaltungen und die Erstellung einer Dokumentation über Diskriminierungen.

### **b.) NAPAP (NGO's and the Police against Prejudice)**

Das NAPAP ist ein gemeinsames Projekt von Migrantenorganisationen, der Berliner Polizei und der Ausländerbeauftragten

des Senats, um den Polizeidienst in multikulturellen Gesellschaften zu optimieren. Dieses EU-Projekt, das in weiteren Großstädten wie Rom, Paris, London, Barcelona u.a. stattfand, wurde seit 1998 auch in Berlin in Kooperation mit Frau John, der Trainingsoffensive e.V. (TOV) und dem BDB realisiert. Das Projekt NAPAP umfasst die Ausbildung der Polizeianwärter (1. Säule), die Fortbildung berufserfahrener Polizisten (2. Säule) und sensibilisiert sie u.a. durch Input von Informationen und Rollenspielen auf den Umgang mit Nichtdeutschen nach dem Gleichheitsgrundsatz. Mehrere Gruppen von Polizisten haben den TBB besucht und kennengelernt, um sich zukünftig an den TBB als Anlaufstelle bei Problemfällen im Kontext der Migration und der interkulturellen Verständigung wenden zu können. Im Rahmen des NAPAP-Projektes wurde einmalig in Berlin eine Qualifizierungsmaßnahme (3. Säule) mit dem Titel "Train the Trainer" angeboten. An dieser Fortbildung zur interkulturellen Trainer/innen nahmen 18 Interessent/innen – überwiegend Migrant/innen – aus den Trägerorganisationen des BDB wie der Eurafri, dem Polnischen Sozialrat und dem TBB teil. Mittlerweile haben einige dieser Teilnehmer/innen gemeinsamen mit professionellen Trainer/innen des TOV Trainings mit Polizist/innen durchgeführt.

Der TBB hat im zweiten Jahr des Projektes nach der Trainingsoffensive im ersten Jahr die Verwaltung übernommen und am 31.01.2000 den Abschlußbericht bei der Ausländerbeauftragten des Senats eingereicht. Das NAPAP-Projekt ist im November 1999 beendet worden. Es ist allerdings beabsichtigt, dieses Modell ab dem Jahr 2000 als Regelausbildung der

Berliner Polizei über Landesmittel zu finanzieren.

### **Presseerklärungen:**

- 13.02.1998 Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern äußert sich diskriminierend
- 10.03.1998 Die Haltung von CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky zu Migrant/innen
- 08.04.1998 Erfreulich: Hertha distanziert sich von von rechten Fans

## **9. Medienpolitik**

### **a.) Allgemein**

Die bereits seit langem bestehenden guten Kontakte zu den türkischen und deutschen Medien sind in dieser Amtsperiode weiterhin ausgebaut worden. Hier ist besonders auch die regelmäßige Zusammenarbeit mit dem türkischen Fernsehsender TD-1 sowie den Produktionsfirmen Aypa-TV und Portre TV zu nennen. Daneben bestand ein aktiver Austausch mit SFB 4 Radio MultiKulti sowie dem neu gegründeten Radiosender Metropol FM.

Bemerkenswert ist auch das in der letzten Amtsperiode enorm gestiegene Interesse der türkischen und deutschen Printmedien an der Arbeit des TBB. So konnten in den letzten zwei Jahren weit mehr als 350 Zeitungsmeldungen in das TBB Archiv aufgenommen werden.

### **b.) TBB-Spiegel**

Klartext? Turkish-Community? Turkuaz?, oder wie sollte eine Zeitschrift heißen, die der Türkische Bund herausbringen wollte. Monatelang wurde über die Zielgruppe, die Sprache(n) der Beiträge, und nicht zuletzt eben über den Namen dieser Zeitschrift diskutiert und dann entschieden. TBB-Spiegel wurde schließlich das Kind getauft! Nicht alle waren glücklich damit aber es war ein Kompromiß. Schnell wurde klar, dass die eingeladenen Interessierten mehrheitlich aus der zweiten Generation der eingewanderten Türken oder ihrer Kinder bestanden. Denn die Spra-

- 21.04.1998 Migrant/innen nicht für die Wahlen instrumentalisieren
- 23.05.1998 5. Jahrestag von Solingen
- 16.10.1998 CDU-Unterschriftenkampagne verhindern
- 08.02.1999 Prämien für Ausländerfeindlichkeit in Hessen
- 22.04.1999 Diskriminierende Äußerungen des Innensensors
- 14.05.1999 BFC Dynamo soll aus der Liga austreten
- 06.09.1999 Wahlen in Brandenburg

che, die diese Zeitschrift hauptsächlich sprechen sollte, so entschieden sie, sollte Deutsch sein. Als Zielgruppe der Zeitschrift wollte man vor allem diejenigen erreichen, die oftmals zu wenig Einblick in die verschiedenen türkischen Gruppen und ihre Diskussionen zu haben schienen, die sogenannten Multiplikator/innen. Letztendlich bildete sich ein Kern von ca. 10 Personen heraus, die mit viel Elan in die Arbeit einstiegen und mit dem Aufbau einer Redaktion begannen.

Redaktion und Vorstand erstellten gemeinsam die Redaktionsstatuten und beriefen Hülya Turan zur Redaktionsleiterin, Hülya Turhan zur stellvertretenden Redaktionsleiterin und Safer Çınar zum Verantwortlichen im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.). In die Redaktion wurden außerdem Erol Esen und Kenan Kolat berufen. Erol Esen verließ nach Fertigstellung der zweiten Ausgabe die Redaktion. Zu Beginn des Jahres 1999 kamen Ayten Erdil, Hans Günter Kleff (freier Mitarbeiter), Erkin Özgüç (freier Mitarbeiter und Berater) und Ali Yıdırım in das Redaktionsteam. Nuray Şenkaya engagierte sich aktiv bei der vierten Ausgabe des TBB-Spiegel. Im Juli 1999 wurde Nurdan Küçük, nach dem Ausscheiden von Safer Çınar aus dem Vorstand, Verantwortliche im Sinne des Presserechts. Im Februar 2000 erklärten Hülya Turan (Redaktionsleiterin), Hülya Turhan (stellvertretenden Redaktionsleiterin) und Erkin Özgüç (frei-

er Mitarbeiter und Berater) ihren Austritt aus der Redaktion.

In der Zeit zwischen März 1998 bis Januar 2000 sind insgesamt sechs Ausgaben des TBB-Spiegel erschienen. Die erste Ausgabe behandelte das Schwerpunktthema "Türkische Frauen". Die Reaktionen auf die erste Ausgabe waren überwiegend positiv, begrüßt wurde dabei insbesondere, dass sich eine aus der türkischen Community heraus agierende Diskussionsgrundlage bot.

Gestärkt durch das große Interesse der Öffentlichkeit, kam die zweite Ausgabe zum Thema "Bildungssituation von türkischen Migranten" heraus. Die dritte Ausgabe zum Thema "Türkische Männer" überraschte viele – insbesondere türkische Männer – mit ihrer soziologisch-satirischen Herangehensweise. Die vierte Ausgabe behandelte das Thema "Doppelte Staatsbürgerschaft" und die fünfte Ausgabe befasste sich mit dem Thema "50 Jahre Bundesrepublik Deutschland". Die beiden letztgenannten Ausgaben reagierten auf sehr aktuelle gesellschaftliche Themen. Die sechste Ausgabe erschien im Januar 2000 zum Thema "Wohnsituation von Migranten".

Nach Erscheinen der ersten Ausgabe war auch das Interesse der deutschen Medien am TBB-Spiegel sehr groß. Rundfunk und Zeitungen u.a. Deutschlandradio Berlin, BBC-World, der Tagesspiegel, und die TAZ brachten Beiträge über den TBB-Spiegel.

Der TBB-Spiegel hat zur Zeit über 50 Abonnenten und die Anfrage ist bisher kontinuierlich gestiegen. Unter anderem stellten wir fest, daß der TBB-Spiegel als Informationsquelle speziell auch für deutschsprachige Multiplikator/innen zu einer interessanten Lektüre geworden ist. Das gesetzte Ziel, die Zeitschrift vierteljährlich pünktlich herauszubringen, konnte aufgrund finanzieller, technischer und organisatorischer Gründe nicht immer

eingehalten werden. Da sich die Zeitschrift ausschließlich aus Werbeeinnahmen finanziert, waren die Arbeit unmittelbar an die eingehenden Werbeaufträge gebunden. Auf längere Sicht erscheint es kaum realistisch, die Redaktionsarbeit mit einem Null-Budget weiterhin interessant und innovativ zu gestalten. Daher muß verstärkt über alternative Finanzierungsmöglichkeiten nachgedacht werden.

### **c.) Internet**

Im letzten Jahr hat der TBB das seit langem geplante Vorhaben eine eigene Internetseite einzurichten verwirklicht. Eine Internetseite des TBB unter den Seiten von Aypa TV bestand bereits seit längerem und wurde vom Vorstandsmitglied Ali Yıldırım organisiert und verwaltet. Auch die Zuständigkeit der neuen Internetseite, die sich zur Zeit noch in der Gestaltungsphase befindet, lag bisher bei Ali Yıldırım. Sobald einige, zur Zeit noch bestehende, Unklarheiten bezüglich des Namens geklärt sind, wird sich die eigene Internetseite des TBB über die Adresse: [www.tbb-berlin.de](http://www.tbb-berlin.de) aufrufen lassen. Mittelfristig soll die Seite alle wichtigen Informationen über den TBB, den Vorstand, die Mitgliedsvereine, die Projekte, die aktuellen Aktivitäten, die Pressemitteilungen und anderes enthalten.

### **d.) Rundfunk**

Das Radio MultiKulti des SFB ist seit mehr als sechs Jahren mit Erfolg in Berlin auf Sendung. Der TBB unterstützt die Forderung von SFB 4 Radio MultiKulti, seine Reichweite über eine Kooperation SFB/ORB auf Brandenburg auszuweiten, da er der Ansicht ist, daß durch Radio MultiKulti das Entstehen einer Zivilgesellschaft in Brandenburg im Kampf gegen starke rechts-extreme Strömungen unterstützt wird.

Des weiteren unterstützt der TBB das Programm des WDR (Hörfunk) "Funkhaus Europa" und seine Forderung, ausgeweitet werden zu einem deutschlandweit empfangbaren Vollprogramm (24 Stun-

den täglich). Es sollte gewährleistet werden, dass die Vielfalt der türkischen Minderheit sich auch im kulturellen Bereich wiederfindet. Daher muß die Verknappung der Kabelkanäle für muttersprachliche Sendungen verhindert werden.

### **e.) Metropol FM**

In einem Brief an die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) hat der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) diese aufgefordert, die freie Frequenz 94,8 MHz einem türkischsprachigen Sender zu erteilen. Dieselbe Frequenz wurde bereits Anfang 1997 einem türkischsprachigen Sender zugesprochen, der aber aus organisatorischen Gründen die Hörfunksendung nicht realisieren konnte. Die Lizenz wurde damals zurückgegeben. Der TBB hat schon seit seiner Gründung die Ansicht vertreten, daß eine Metropole wie Berlin ein türkischsprachiges Radio

## **10. Europa**

### **a.) Europäisches Migrant/innen Forum**

Das Europäische Migrant/innen Forum (EMF) ist eine Dachorganisation, die von in Europa lebenden Migrant/innen gegründet wurde und durch EU-Gelder finanziert wird. Seit der TBB im Jahre 1995 Mitglied wurde, nimmt er regelmäßig an den Veranstaltungen des EMF teil. Von Anfang an sind wir dort durch unser Mitglied Ceyhun Kara vertreten, der sein Amt in enger Abstimmung mit dem Vorstand des TBB ausübt. Das Ziel des EMF ist es, EU und Europäisches Parlament über die Interessen der Migrant/innen in Europa zu informieren, Vorschläge zu unterbreiten und regelmäßig an bestehenden Angeboten teilzunehmen. In der Unterstützerguppe Deutschland ist unser Mitglied Ceyhun Kara seit zwei Amtsperioden im Vorstand als Schriftführer tätig. Der TBB beabsichtigt sich in Zukunft aktiver im EMF einzubringen und erwägt, eine/n Vertreter/in für den Vorstand des EMF zu nominieren.

braucht. Aus diesem Grund begrüßte der TBB die Entscheidung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, die freie Radiofrequenz 94,8 MHz an den türkischsprachigen Sender Metropol FM zu vergeben.

### **f.) Rundfunkrat**

Der TBB setzt sich aktiv dafür ein, daß ethnische Minderheiten als gesellschaftlich relevante Gruppe im Rundfunkrat vertreten sein werden. Hierbei sehen wir die Frage nach der Vertretung als durchaus lösbar an und haben dies öffentlich bekanntgemacht.

### **Presseerklärungen:**

- 04.03.1998 Türkischsprachiges Radio
- 08.10.1998 Endlich türkischsprachiges Radio verwirklichen
- 07.11.1998 TBB begrüßt Entscheidung des Rundfunkrats
- 08.04.1999 4. TBB-Spiegel gedruckt

### **b.) Aufnahme der Türkei in die EU**

Dass die Türkei Ende letzten Jahres als Kandidat für die Aufnahme in die Europäische Union benannt wurde, ist auch für die hier lebenden Migrant/innen von besonderer Bedeutung. Wenn die Türkei EU-Mitglied wird – auch wenn das noch lange dauern wird – wird sich dies auf das kommunale Wahlrecht, die Mehrstaatigkeit und viele anderen Rechte positiv auswirken.. Deshalb erscheint es uns sinnvoll, dass der TBB und die TGD sich aktiv mit diesem Thema befassen.

### **c.) Veranstaltung zum Euro**

Der Türkische Bund hat gemeinsam mit dem Europäischen Informationszentrum am 17. November 1999 im Jean-Monnet-Haus ein Symposium zum Thema „Euro“ veranstaltet. Als Experte war unter anderem Dr. Otto Mallmann vom Bundesgerichtshof anwesend. Das Themenspektrum der gut besuchten Veranstaltung reichte von allgemeinen Informationen über den Euro bis hin zum Europäischen

Ausländerrecht und Erläuterungen zu richtungsweisenden Beschlüssen des Eu-

## **11. Beratung**

### **a.) Allgemeine Beratung**

Die allgemeine Beratung besteht seit der Gründung des TBB und wurde bisher ohne Unterbrechung jeweils Montags von 15.00 Uhr bis 18.00 und Mittwochs von 10.00 bis 13.00 Uhr durchgeführt. Die Beratung ist kostenlos und erfolgt ohne vorherige Terminvereinbarung. Die hauptsächlichsten Fragen in der Beratung betreffen das Staatsbürgerschaftsrecht, das Ausländerrecht (Visum und Aufenthalt), das Arbeitsrecht (Arbeitserlaubnis) sowie Themen wie Militärdienst, "Rosa Karte" und Eheschließung. Die Beratung wird persönlich in den Sprechstundenzeiten oder telefonisch auch außerhalb der Sprechstundenzeiten durchgeführt und erfreut sich reger Nachfrage. So wurden in den Jahren 1998 insgesamt 1795 und 1999 insgesamt 1865 Beratungsfälle registriert. Ein Teil der des Beratungsdienstes konzentriert sich auf Anfragen durch türkische und deutsche Behörden und Institutionen, die den Türkischen Bund als zuverlässigen Ratgeber in den verschiedensten Fragen anerkennen.

### **b.) Rechtsberatung**

Neben der allgemeinen Beratung findet seit einigen Jahren eine regelmäßige Rechtsberatung statt. Die Rechtsberatung wird in Zusammenarbeit mit der Anwaltskanzlei Rosenkranz/Wilken/Meyer und den Anwälten Atalay Gümüşboğa und Oktay Ataş durchgeführt. Die Termine der Rechtsberatung sind jeden 1. und 3. Montag im Monat ab 18.30 Uhr und jeden Donnerstag ab 16.30 Uhr. Die Beratung ist kostenlos.

### **c.) Beratungssendung im TD-1**

Ein anderer Flügel der Beratung sind die Tele-Info-Sendungen im TD-1. Hier sind

ropäischen Gerichtshofes.

vor allem Themen wie Arbeitsrecht, Erziehung und Bildung, Staatsbürgerschaftsrecht sowie Ausländerrecht zu nennen. Daneben wird in den Sendungen ein Teil der Zeit für die aktuellen Aktivitäten des TBB zur Verfügung gestellt.

### **d.) Seminare und Tagungen**

Neben den Beratungsdiensten beteiligten sich die Fachleute des TBB auf Einladung an zahlreichen Tagungen, Seminaren und Workshops als Referenten. Dies bot den Einzelnen die Möglichkeit sich in das Thema zu vertiefen und darüber hinaus die Arbeit des Türkischen Bundes öffentlich zu machen. Gleichzeitig veranstaltete der TBB selbst regelmäßig Info-Seminare und Tagungen zu verschiedenen Themen, hier sind beispielsweise zu nennen, ein Informationsseminar zur "Rosa-Karte" und ein Seminar zum Staatsbürgerschaftsrecht.

Dies alles zeigt, daß die Beratungsdienste des TBB von der Öffentlichkeit nicht nur rege genutzt, sondern auch unterstützt werden. Aus diesem Grund ist es mittelfristig notwendig, die Beratungsdienste und damit das Beratungsteam auszuweiten und zunehmend mehr zu professionalisieren. Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt in diesem Zusammenhang ist, dass das bereits seit langem diskutierte Projekt "Soziale-Dienste-Karte" konzeptualisiert und baldmöglichst verwirklicht wird. Dieses Projekt könnte maßgeblich dazu beitragen kostenlose Beratungsdienste und andere soziale Leistungen verschiedener Anbieter zu vernetzen und damit die Infrastruktur der Beratungs- und anderer sozialer Dienste in Berlin flächendeckend, systematisch und effektiv zu koordinieren.

### **III. Vernetzung / Kontakte mit Mitgliedsvereinen**

#### **1. Mitgliederpolitik**

Die Basisarbeit und die Kontakte mit den Mitgliedsvereinen gehört zu den wichtigsten Zielen des Türkischen Bundes. Eine herausragende Eigenschaft von Interessenvertretungen muß sein, daß die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Dach und Basis rege und beständig erfolgt. Aus diesem Grund wurden die Bemühungen diesbezüglich in der letzten

Amtsperiode intensiviert.

Es existieren zahlreiche Vereine in Berlin und Brandenburg, deren Ziele den Grundhaltungen des TBB ähnlich sind, sich aber noch nicht entschlossen haben Mitglied zu werden. Der TBB bemüht sich darum, diese Vereine von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich unter einem Dach zu vereinigen.

#### **2. Neue Mitgliedsvereine**

In der vergangenen Amtsperiode konnte der TBB erfreulicherweise eine Reihe neuer Mitglieder aufnehmen. Zu den neuen Mitgliedsvereinen gehören TÜFOYAT (Verein zur Pflege und Erhaltung türkischer Folklore), der TEVBB (Türkischer Elternverein in Berlin-Brandenburg), das TMÖK (Konservatorium für türkische Mu-

sik) und der Verein TOKAT-DER (Tokat und Umgebung zeitgenössischer Demokratenverein) und der Verein der Freunde der deutsch-türkischen Europaschule. Damit hat sich die Zahl der Mitgliedsvereine des TBB von 14 bei seiner Gründung, auf heute 26 erhöht.

#### **3. Kontaktpflege mit den Mitgliedsvereinen**

Das Thema Kontakte zu den Mitgliedsvereinen wird auf fast allen Vertreterratsversammlungen oder Delegiertenvollversammlungen diskutiert. Der Vertreterrat wurde in der vergangenen Amtsperiode vier Mal einberufen und die Mitgliedsvereine über die Aktuellen Aktivitäten informiert und über wichtige Themen diskutiert. Der Schriftverkehr mit den Mitgliedsvereinen hat gegenüber den vergangenen Amtsperioden erheblich zugenommen. Ebenso die persönlichen Kontakte zu den Vorständen bzw. Mitgliedern der Mitgliedsvereine. Fast jeder Mitgliedsverein wurde in der vergangenen Amtsperiode mindestens ein Mal besucht bzw. es wurde auf Einladung an einer Veranstaltung teilgenommen.

Themen angeboten. Selbstverständlich kann nicht gesagt werden, daß diese Bemühungen ausreichend waren. Allerdings ist deutlich zu erkennen, daß die Kontakte zu den Mitgliedsvereinen in dieser Amtsperiode – gegenüber früheren – um ein Vielfaches gestiegen sind.

Um den personellen Schwierigkeiten der Mitgliedsvereine ein wenig Abhilfe zu schaffen, beschäftigt sich das ZIBB Projekt unter anderem mit dem koordinierten Einsatz von Hilfskräften, die im Rahmen der gemeinnützigen Beschäftigung vom Sozialamt vermittelt werden, in den Mitgliedsvereinen. Es ist geplant, in der nächsten Amtsperiode eine Seminarreihe zum Thema "Vereinsgründung:, Organisation und Finanzierung" für die Mitgliedsvereine zu veranstalten.

Auf Anfrage der Mitgliedsvereine hat der TBB Hilfestellung zu den verschiedensten

## **4. Türkische Gemeinde in Deutschland**

Der Türkische Bund hat seine regen Kontakte zur Türkischen Gemeinde in Deutschland, deren Mitgliedsverein er ist, auch in dieser Amtsperiode weitergeführt. In den letzten zwei Jahren haben sich Safer Çınar als stellvertretender Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Nurdan Kütük und Emine Demirbüken als Vorstandsmitglieder aktiv an der Arbeit des Bundesdachverbandes beteiligt. Auf der Bundesdelegiertenvollversammlung der TGD am 21.-23. Januar 2000 in Hamburg wurde für Berlin Safer Çınar als stellvertretender Vorsitzender der TGD bestätigt sowie Rıza Şahin, Alişan Genç und Kenan Kolat in den Vorstand gewählt.

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) hat unter anderem mit ihrem aktiven Einsatz für ein zeitgemäßes Auslän-

derrecht und Staatsangehörigkeitsrecht gezeigt, wie bedeutend und erfolgversprechend die Vernetzung der einzelnen Vereine unter einem souveränen Dach ist. Aufgrund dieser Erkenntnis haben sich auch die großen Landesdachverbände, die den Süden Deutschlands abdecken, Bayern und Baden-Württemberg dazu entschlossen, sich der Türkischen Gemeinde in Deutschland anzuschließen und damit den Bundesdachverband deutlich zu stärken. Mittlerweile ist es der TGD gelungen die Vernetzung auf praktisch alle bedeutenden Teile der Republik auszuweiten.

### **Presseerklärungen:**

07.04.1999 Neue Mitgliedsvereine

04.06.1999 Auf dem TBB Vertreterrath wurden neue Mitgliedsvereine aufgenommen

## **VI. Finanzen / Projekte**

### **1. Allgemein**

Da sich die Bundesrepublik nach wie vor nicht als Einwanderungsland ansieht, werden Vereine nicht als Institution finanziell gefördert. Nur auf der Basis von Projekten innerhalb der Vereine kann möglicherweise eine finanzielle Förderung erhalten werden.

Das Verhältnis der Politik und der Verwaltung zu den Verbänden der Berliner/innen nicht deutscher Herkunft ist sehr ambivalent. Einerseits werden soziale Dienste finanziert, andererseits werden sie zum Teil als politischer "Störfaktor" betrachtet. Eine erfolgversprechende Integrationspolitik kann allerdings nur mit ihnen gemeinsam umgesetzt werden. Der TBB fordert daher "relevante" Verbände offiziell anzuerkennen, sie als Vertreter entsprechender Bevölkerungskreise im Vorfeld von politischen Entscheidungen

einzu beziehen und sie zu diesem Zweck finanziell zu fördern.

Obwohl eine kurzfristige Durchsetzung dieser Forderung nicht realistisch erscheint, ist es sehr wichtig, weitergehende Schritte in dieser Beziehung zu diskutieren. So könnte beispielsweise an eine Rahmenvereinbarung, ähnlich der Vereinbarung der Jüdischen Gemeinde mit der Berliner Regierung, gedacht werden. Sicherlich wird es gerade in Berlin, in der es zahlreiche türkische Vereine und Verbände gibt, ganz besonders schwierig sein eine solche Vereinbarung in die politische Diskussion zu bringen, dennoch wird der Türkische Bund sich diesbezüglich engagieren.

Die nicht projektgebundenen reinen Vereinseinnahmen des Türkischen

Bundes sind sehr begrenzt. Die Einnahmen setzen sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Sponsoring zusammen. Aus diesem Grund müssen andere finanzielle Quellen gefunden werden, damit die politische

Arbeit des Bundes aktiv und effektiv weitergeführt werden kann. Gerade die Bedeutung des Sponsorings hat sich in diesem Zusammenhang deutlich herausgestellt und muß mit Nachdruck verfolgt werden.

## 2. Übersicht über die finanzielle Situation der Projekte

### a.) Beratungsstelle

Die Beratungsstelle besteht seit der Gründung des TBB und wird von Kenan Kolat koordiniert. Die Finanzierung erfolgt über die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen. Obwohl die Finanzierung des Projektes von Jahr zu Jahr Kürzungen ausgesetzt ist, konnten die Arbeiten bisher in fast vollem Umfang erhalten werden. Die Wahrscheinlichkeit auf Weiterförderung ist zwar groß, doch können, trotz massivem Engagements seitens des TBB, Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.

### b.) BDB und Projekt "Hand in Hand gegen Ungleichbehandlung"

Ein weiteres Projekt des TBB ist das Projekt "Hand in Hand gegen Ungleichbehandlung" innerhalb des BDB (Büro gegen ethnische Diskriminierung), das in gemeinsamer Trägerschaft mit Eurafri, Via, Südosteuropa-Kultur e.V. und dem Polnischen Sozialrat geführt wird. Die finanzielle Federführung und Verwaltung des Selbsthilfeprojektes "Hand in Hand gegen Ungleichbehandlung" liegt beim TBB. Das Projekt beschäftigt einen Mitarbeiter und Finanzierung ist vom 01.12.1998 bis zum 01.12.2001 über die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen gesichert.

### c.) Projekt NAPAP (NGO's and the Police against Prejudice)

Das Projekt NAPAP wurde gemeinsam mit dem BDB vom 01.11.1997 bis zum 30.10.1999 mit der Ausländerbeauftragen des Senats von Berlin und der Berliner Polizei durchgeführt. Im Projektjahr 1998/1999 lag die Trägerschaft beim

TBB. Seit dem Ende Projektes, wird nach langfristigen Finanzierungsformen gesucht.

### d.) BWTBB (Bildungswerk des TBB)

Das Bildungswerk des TBB hat seine Arbeit am 01.10.1998 aufgenommen und beschäftigt drei Mitarbeiter/innen. Die Finanzierung erfolgt über das Arbeitsamt Berlin Süd, das SPI (Sozialpädagogisches Institut) und Stiftungsmittel und endet vorläufig am 30.09.2000. Es besteht eine potenzielle Möglichkeit auf Weiterfinanzierung für ein Jahr. Vom Beginn an wird versucht das Bildungswerk als Modellprojekt zu etablieren. Dies hat sich allerdings als sehr schwierig herausgestellt, da zur Zeit das politische Interesse nicht vornehmlich auf der Förderung von Bildungsarbeit dieser Art liegt.

### e.) ZIBB (Zentrum für interkulturelle Berufs- u. Beschäftigungsförderung)

Das ZIBB ist ein Modellprojekt und die Finanzierung ist vom 01.08.1999 bis 31.07.2003 über das BMA gesichert. In diesem Projekt werden 4 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Eine Prognose über Weiterfinanzierungsmöglichkeiten nach der Modellprojektphase kann zur Zeit kaum gegeben werden, da die finanzielle Förderung des ZIBB und auch der IBB-Projekte unmittelbar von der Arbeitsmarktsituation und dem aktuellen politischen Interesse abhängt.

### f.) IBB Süd-West (Initiative für Berufs- u. Beschäftigungsmotivierung)

Das IBB Süd-West befindet sich im zweiten Projektjahr. Die Finanzierung begann am 01.04.1999 und endete zunächst am 31.12.1999. Zwar war das Arbeitsamt

Südwest erst nicht bereit unser auslaufendes Projekt IBB zu verlängern. Doch nach langwierigen Verhandlungen mit politischer Unterstützung konnte schließlich eine Verlängerung bis zum 31.12.2000 erreicht werden. In dem Projekt werden insgesamt 4 Mitarbeiter/innen beschäftigt

#### **g.) IBB Nord (Initiative für Berufs- und Beschäftigungsmotivierung)**

Die Finanzierung des IBB Nord ist vom 01.07.1999 bis 30.06.2000 vom Arbeitsamt Nord über die Mittel des Jugendsofortprogrammes der Bundesregierung gesichert. In diesem Projekt werden insgesamt 4 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

## **V. Perspektiven**

### **1. TBB als anerkannter Ansprechpartner**

Die aktuelle Entwicklung der deutschen Politik in Bezug auf Migrant/innen und deren Integration stimmt uns nicht gerade optimistisch für die Zukunft. Insbesondere, wenn wir uns an die Wahlversprechen der rot-grünen Regierung erinnern, wie die der umfassenden und grundsätzlichen Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes. Das Ziel des TBB muss es daher sein, eine noch stärkere Institution zu werden, die in dieser Stadt Politik mitbestimmt und bei wichtigen Entscheidungen nicht ignoriert werden kann. Einen beträchtlichen Teil dieses Weges sind

wir in den neun Jahren unserer Existenz bereits gegangen. Ein besonders erfreulicher Beweis hierfür ist, dass der TBB nach dem Erdbeben in der Türkei in allen relevanten Fragen Ansprechpartner für die deutsche Politik war. So wurde der Türkische Bund vom Berliner Innensenator mit behördlichen Aufgaben betraut. Der TBB erhielt die Berechtigung, Bescheinigungen an erdbebengeschädigte Migrant/innen auszustellen, die die unbürokratische Wiedereinreise mit vorläufigen Pässen ermöglichten.

### **2. Eigenes Verbandsgebäude**

Damit der TBB eine starke und unabhängige Institution werden kann, ist es dringend notwendig, ein eigenes Gebäude zu erwerben. Diesbezüglich wurden bereits erste Gespräche mit Fachleuten geführt. Eine hierzu gegründete Arbeitsgruppe hat bereits über die Realisierung beraten und

festgestellt, dass das Projekt durchführbar ist. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der letzten Monate konnten Planung und Entwicklung leider bisher nicht weiter vorangetrieben werden. Jedoch sollte das Projekt in der kommenden Amtsperiode intensiv verfolgt werden.

### **3. Arbeitsgruppen für Kreativkonzepte und Ideen**

Um eine noch effektivere Arbeit des neu zu wählenden Vorstandes zu ermöglichen, sollten Arbeitsgruppen eingerichtet werden, die in eigenständiger Regie Kreativ-

konzepte und Ideen zu den verschiedensten Themen entwickeln sollen, die als Grundlage für neue Projekte des TBB dienen können.

### **4. Öffnung für andere gesellschaftliche Gruppen**

Ein wichtiges Anliegen sollte es darüber hinaus sein, den TBB für gesellschaftliche Gruppen zu öffnen, die bisher nicht ausreichend vertreten sind. Hierzu gehören Vereine und Organisationen beispielsweise aus den Bereichen des Umweltschutzes, der Wissenschaft und Forschung oder der Kultur. Dabei sollte eine Mitgliedschaft

dieser Gruppen im TBB ebenso möglich sein wie eine engere Kooperation und Zusammenarbeit. Ziel des Türkischen Bundes muss es sein, in möglichst allen gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen vertreten zu sein und gleichermaßen diese Bereiche im TBB widerzuspiegeln.